

Brandenburgs Schulen vor dem Kollaps: Kürzungen bedrohen Inklusion!

Brandenburg plant massive Kürzungen im Bildungsbereich, die Inklusion gefährden. Ab 2025 weniger Stellen und reduzierte Budgets.



Brandenburg, Deutschland - Die SPD-BSW-Regierung in Brandenburg plant erhebliche Kürzungen im Bildungsbereich, die die Schullandschaft des Bundeslandes maßgeblich beeinflussen werden. Im kommenden Schuljahr stehen 345 Stellen weniger zur Verfügung, was durch eine Reduzierung des Personalbudgets um 50 Millionen Euro untermauert wird. Diese Veränderungen betreffen vor allem die Stundenzuweisungen und haben direkte Auswirkungen auf die Personalausstattung der Schulen. Laut **maz-online** warnt der Brandenburgische Pädagogenverband (BPV) vor den gravierenden Einschnitten, die etwa 20 Prozent bei der Stundenzahl für inklusiven Unterricht ausmachen.

Besonders kritisch sehen die Verbandsvertreter die Kürzungen bei der Vertretungsreserve, den Eingliederungskursen und den Ganztagsangeboten. Verbandspräsident Hartmut Stäker betont, dass die unzureichende Ressourcenausstattung für den inklusiven Unterricht nicht akzeptabel sei. Er fordert die Landesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, die nicht auf Kosten der schwächsten Schüler umgesetzt werden, wie Berichten von **tagesspiegel** zu entnehmen ist.

Negative Auswirkungen auf die Inklusion

Die geplanten Einschnitte könnten zu einem Rückschritt bei der inklusiven Beschulung von Kindern mit und ohne Förderbedarf führen. Die aktuelle Situation wird durch den Mangel an Sonderpädagogen und Schulsozialarbeitern zusätzlich verschärft. Wie **mbjs.brandenburg.de** anmerkt, hat Brandenburg seit 2020 insgesamt 231 „Schulen gemeinsamen Lernens“, die darauf abzielen, Schülerinnen und Schüler mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in einer Klasse zu unterrichten.

Die Schulen, die im Rahmen des Konzepts „Gemeinsames Lernen“ arbeiten, machen etwa 41 Prozent aller Schulformen in öffentlicher Trägerschaft aus. Dies sind 166 Grundschulen, 29 Oberschulen, 6 Gesamtschulen, 7 Oberstufenzentren und 23 Schulzentren mit Grundschulteil. Trotz dieser Erfolge müssen viele Schulen jedoch mit unzureichenden Ressourcen umgehen, wenn sie versuchen, die gesetzlich geforderten Inklusionsstandards zu erreichen.

Reaktionen und Protestszenarien

Der Bildungsminister Steffen Freiberg wird sich am Donnerstag im Bildungsausschuss des Landtags zu den vorgeschlagenen Kürzungen äußern. Er konnte sich in den bisherigen Haushaltsverhandlungen nicht für mehr Personal einsetzen und hat auf die Herausforderungen hingewiesen, die die geplanten Maßnahmen mit sich bringen. Ab dem zweiten Halbjahr des

nächsten Schuljahres sollen Lehrkräfte zudem eine Stunde mehr unterrichten, was dazu führen kann, dass einige Schulen keine neuen Lehrkräfte einstellen können.

Laut der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) summieren sich die Stellenkürzungen auf mehr als 2.200 Stellen in den kommenden zwei Schuljahren, wenn man die steigenden Schülerzahlen berücksichtigt. Die GEW erwägt sogar juristische Schritte gegen mögliche Zwangsversetzungen von Beamten, um die Rechte der Beschäftigten zu wahren.

Schließlich zeigt der Sonderpädagoge Manuel Pape in einem persönlichen Blog auf, wie fatal die Kürzungen aus seiner Sicht sind. Schulen, die bei der Umsetzung von Inklusion weitgehend allein gelassen wurden, stehen nun vor der Herausforderung, den vielfältigen Anforderungen in inklusiven Klassen ohne adäquate Unterstützung gerecht zu werden. Diese Entwicklungen werfen ernsthafte Fragen über die Zukunft der Bildungsangebote für alle Schülerinnen und Schüler in Brandenburg auf.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ursache	Kürzungen im Bildungsbereich
Ort	Brandenburg, Deutschland
Schaden in €	50000000
Quellen	• www.maz-online.de • www.tagesspiegel.de • mbjs.brandenburg.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net